

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0071/2021/IV

Datum:
09.03.2021

Federführung:
Dezernat III, Abfallwirtschaft und Stadtreinigung

Beteiligung:
Dezernat I, Amt für Wirtschaftsförderung und Wissenschaft

Betreff:

**Prüfung der Möglichkeiten zur Einführung eines
Konzeptes mit Mehrwegschalen für Speisen „to go,“**

Informationsvorlage

Beschluslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 17. Mai 2021

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Jugendgemeinderat	17.03.2021	Ö	() ja () nein () ohne	
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität	24.03.2021	Ö	() ja () nein () ohne	
Gemeinderat	06.05.2021	Ö	() ja () nein () ohne	

Zusammenfassung der Information:

Der Jugendgemeinderat, der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität und der Gemeinderat nehmen folgende Information zur Kenntnis.

Das Amt für Wirtschaftsförderung und Wissenschaft und die Abfallwirtschaft und Stadtreinigung werden die betroffenen Unternehmen bei der Umsetzung der Vorgaben der Einwegkunststoffverbotsverordnung begleiten.

Ein Projekt analog der Kampagne „#andersbechern“ wird nicht umgesetzt.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag in Euro:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
• keine	
Einnahmen:	
• keine	

Zusammenfassung der Begründung:

Ab dem 3. Juli 2021 sind Einwegplastikprodukte verboten. Ziel sind Mehrwegsysteme als neuen Standard in Heidelberg zu etablieren.

Das Amt für Wirtschaftsförderung und Wissenschaft und die Abfallwirtschaft und Stadtreinigung werden die betroffenen Unternehmen bei der Umsetzung der Vorgaben der Einwegkunststoffverbotsverordnung begleiten und die Konsumenten und Konsumentinnen sensibilisieren.

digitale Sitzung des Jugendgemeinderates vom 17.03.2021

Ergebnis: Information wurde gegeben

digitale Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität vom 24.03.2021

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität vom 24.03.2021

5.1 Prüfung der Möglichkeit zur Einführung eines Konzeptes mit Mehrwegschalen für Speisen „to go“

Informationsvorlage 0071/2021/IV

Herr Bürgermeister Schmidt-Lamontain eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Stadtrat Dr. Lutzmann, der den **Antrag** von **Bündnis 90/Die Grünen**

Die Verwaltung prüft, ob sie die Heidelberger Gastronomie bei der Einführung eines Mehrweggeschirr-Systems unterstützen kann.

Hierzu sollten u. a. folgende Themen bearbeitet werden:

1. Koordinierung eines Prozesses gemeinsam mit den Gastronomen, um nach Möglichkeit ein Vorzugssystem für ganz Heidelberg auszuwählen;
2. Suche von Fördermöglichkeiten, um die Anfangsinvestition für die Gastronomie abzufedern;
3. Prüfung, ob die stadtinternen Mitnahme- und Lieferangebote auf ein Mehrwegsystem umgestellt werden können, um als positives Vorbild zu dienen;
4. Erstellung einer Informationskampagne, dass auch mitgebrachte Behälter benutzt werden.

begründet.

Herr Bürgermeister Schmidt-Lamontain merkt an, dass derzeit die Verwaltung in der Thematik Mehrwegverpackung im Einzelhandel stark involviert sei. Trotzdem werde versucht, freie Kapazitäten zur Unterstützung der Heidelberger Gastronomen zu schaffen.

Bei der nachfolgenden Diskussion melden sich zu Wort:

Stadtrat Michelsburg, Stadträtin Heldner, Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Herr Goldschmidt als Vertreter des Jugendgemeinderats, Stadtrat Pfeiffer, Stadträtin Meißner

- Die Stadtverwaltung solle die Heidelberger Gastronomen bei der Einführung eines Leihsystems für Mehrweggeschirr unterstützen bevor die Einwegkunststoffverbotsverordnung (EWKVerbotsV) im Juli 2021 in Kraft treten wird.
- Die Thematik sei im Jugendgemeinderat besprochen worden. Dort habe die Verwaltung geäußert, dass man nicht plane, eine weitere Kampagne, wie zum Beispiel bei „andersbechern“, durchzuführen, weil keine entsprechenden Kapazitäten zur Verfügung stehen.

- Kein Mitglied des Jugendgemeinderates kenne den Becher aus der Kampagne „andersbechern“.
- Eine Kampagne wäre finanzierbar, wenn man die Abfallgebühren entsprechend erhöhen würde. Der städtische Haushalt würde somit nicht belastet werden. Im Übrigen habe die Stadt weder bei „andersbechern“ noch bei der Wärmedämmung eine richtige Kampagne gemacht.
- Das Rebowl-System sei nicht für alle Speisen sinnvoll. Weiterhin bestehe die Möglichkeit Papierverpackungen zu verwenden. Aufgrund des Pfandsystems (Pfandgebühr) könne der Gastronom den Einkauf des Mehrweggeschirrs finanzieren und langfristig Kosten einsparen.
- Die Verwaltung solle bei zukünftigen Kampagnen nicht nur die linearen, sondern auch die sozialen Medien zu nutzen, um auch junge Menschen anzusprechen. Weiterhin solle man die Gastronomie auf die Möglichkeiten der Benutzung des Recup-Bechers hinweisen.
- Die Recup-Kampagne in Heidelberg sei eine große Kampagne gewesen, die auch im Jugendgemeinderat vorgestellt und mit einem Video von Jugendlichen beworben worden sei. Die Abfallwirtschaft und Stadtreinigung habe hier einen guten Job gemacht. McDonalds in Heidelberg sei damals der erste Betrieb dieser Kette in Deutschland gewesen, der sich am Recup-System beteiligt habe.
- Sei es nicht sinnvoller, die Entwicklungen und Erfahrungen nach Inkrafttreten des Gesetzes abzuwarten und erst danach eine Kampagne zu starten?
- Wären Werbeaktionen in den Heidelberger Schulen rechtlich möglich?

Herr Bürgermeister Schmidt-Lamontain weist darauf hin, dass es für eine Kampagne in der Größenordnung von „andersbechern“ (Recup) an personellen und finanziellen Kapazitäten fehle.

Herr Friedel von der Abfallwirtschaft und Stadtreinigung merkt an, dass die Finanzierung einer solchen Aktion über eine Gebührenerhöhung seinerzeit bei „andersbechern“ durch das städtische Rechtsamt geprüft worden sei mit dem Ergebnis, dass dies nicht möglich sei. Man könne jedoch gerne prüfen, ob es andere Fördermöglichkeiten gebe. Bezüglich der Kampagne weist er hin, dass zurzeit keine Ressourcen in dem Maße wie bei der Kampagne „andersbechern“ vorhanden seien. Das Amt für Wirtschaftsförderung und Wissenschaft und die Abfallwirtschaft und Stadtreinigung werden die Gastronomen bei der Umsetzung der Einwegkunststoffverordnung unterstützen und über finanzierbare Möglichkeiten informieren. Er führt aus, dass der Recup-Anbieter eine kostenlose Probephase für das Rebowl-System anbiete.

Die Kampagne „andersbechern“ sei aus der Recup-Kampagne entstanden. Unter anderem wurde eine Webseite www.becherkarte.de entwickelt, in der eine Übersicht aller Cafés, die das System unterstützen und/oder einen Rabatt gewähren, aufgeführt seien. Bei dem unterschiedlichen Speisenangebot sei es schwieriger, entsprechendes Mehrweggeschirr anzubieten. Hier sei man im Gespräch mit dem größten System-Gastronomie-Betreiber, der Firma McDonalds. Der Gemeinderat könne im Rahmen der Haushaltsplanung für diesen Zweck gerne finanzielle Mittel zur Verfügung stellen.

Papierverpackung seien recyclingfähig, sofern sie keine Essenreste enthalten. Anhand eines Reißtests könne man erkennen, ob es sich nur um Papier handle oder ob noch andere Materialien mit eingebunden seien.

Ein Problem sei, dass die Recup-Anbietenden nicht immer von sich den Mehrwegbecher anbieten würden. Das Studierendenwerk habe zunächst eine eigene Lösung gesucht. Er

wisse aktuell nicht, ob dort inzwischen eine Entscheidung getroffen worden sei. Man werde man bei der Öffentlichkeitsarbeit noch gezielter junge Menschen ansprechen.

Im Anschluss lässt Herr Bürgermeister Schmidt-Lamontain über den **Antrag** von **Bündnis 90/Die Grünen**

Die Verwaltung prüft, ob sie die Heidelberger Gastronomie bei der Einführung eines Mehrweggeschirr-Systems unterstützen kann.

Hierzu sollten unter anderem folgende Themen bearbeitet werden:

1. Koordinierung eines Prozesses gemeinsam mit den Gastronomen, um nach Möglichkeit ein Vorzugssystem für ganz Heidelberg auszuwählen;
2. Suche von Fördermöglichkeiten, um die Anfangsinvestition für die Gastronomie abzufedern;
3. Prüfung, ob die stadtinternen Mitnahme- und Lieferangebote auf ein Mehrwegsystem umgestellt werden können, um als positives Vorbild zu dienen;
4. Erstellung einer Informationskampagne, dass auch mitgebrachte Behälter benutzt werden.

abstimmen.

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 13:01:01

Somit ergeht folgende Empfehlung:

Die Verwaltung prüft, ob sie die Heidelberger Gastronomie bei der Einführung eines Mehrweggeschirr-Systems unterstützen kann.

Hierzu sollten unter anderem folgende Themen bearbeitet werden:

1. *Koordinierung eines Prozesses gemeinsam mit den Gastronomen, um nach Möglichkeit ein Vorzugssystem für ganz Heidelberg auszuwählen;*
2. *Suche von Fördermöglichkeiten, um die Anfangsinvestition für die Gastronomie abzufedern;*
3. *Prüfung, ob die stadtinternen Mitnahme- und Lieferangebote auf ein Mehrwegsystem umgestellt werden können, um als positives Vorbild zu dienen;*
4. *Erstellung einer Informationskampagne, dass auch mitgebrachte Behälter benutzt werden. Die Verwaltung wird die Heidelberger Gastronomie bei der Umsetzung der Vorgaben der Einwegkunststoffverbotsverordnung begleiten und nach Fördermöglichkeiten suchen.*

gezeichnet

Raoul Schmidt-Lamontain
Bürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Empfehlung

Sitzung des Gemeinderates vom 06.05.2021

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 06.05.2021

52.1 Prüfung der Möglichkeiten zur Einführung eines Konzeptes mit Mehrwegschalen für Speisen „to go“

Informationsvorlage 0071/2021/IV

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner weist auf das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität vom 24.03.2021 und die dort dokumentierte **Empfehlung** hin:

Die Verwaltung prüft, ob sie die Heidelberger Gastronomie bei der Einführung eines Mehrweggeschirr-Systems unterstützen kann.

Hierzu sollten unter anderem folgende Themen bearbeitet werden:

1. Koordinierung eines Prozesses gemeinsam mit den Gastronomen, um nach Möglichkeit ein Vorzugssystem für ganz Heidelberg auszuwählen;
2. Suche von Fördermöglichkeiten, um die Anfangsinvestition für die Gastronomie abzufedern;
3. Prüfung, ob die stadtinternen Mitnahme- und Lieferangebote auf ein Mehrwegsystem umgestellt werden können, um als positives Vorbild zu dienen;
4. Erstellung einer Informationskampagne, dass auch mitgebrachte Behälter benutzt werden. Die Verwaltung wird die Heidelberger Gastronomie bei der Umsetzung der Vorgaben der Einwegkunststoffverbotsverordnung begleiten und nach Fördermöglichkeiten suchen.

Da es keinen Aussprachebedarf gibt, nehmen die Mitglieder des Gemeinderates die Informationsvorlage unter Berücksichtigung der **Empfehlung als Arbeitsauftrag** zur Kenntnis.

gezeichnet
Prof. Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Begründung:

Mit Antrag vom 24. November 2020 (Antrag Nr.0132/2020/AN) wurde die Verwaltung gebeten, zu prüfen, inwieweit die Möglichkeiten eines Konzepts zur Einführung von Mehrwegschalen für Speisen „to go“ analog zur Kampagne „#andersbechern“ umgesetzt werden kann.

Ab dem 3. Juli 2021 sind Einwegplastikprodukte verboten.

Wattestäbchen, Besteck, Teller, Trinkhalme, Rührstäbchen und Luftballonstäbe aus Kunststoff sowie To-go-Getränkebecher, Fast-Food-Verpackungen und Wegwerf-Essensbehälter aus expandiertem Polystyrol (bekannt als Styropor) sind künftig nicht mehr erlaubt.

Mit der Einwegkunststoffverbotsverordnung (EWKVerbotsV) werden herkömmliche Einwegprodukte aus Kunststoff verboten, die aus fossilen Rohstoffen wie Rohöl hergestellt werden. Verboten werden zudem Wegwerfteller oder -becher aus biobasierten oder biologisch abbaubaren Kunststoffen.

Die Abfallwirtschaft und Stadtreinigung Heidelberg hat schon frühzeitig in Heidelberg festgestellt, dass die Tendenz Essen und Getränke in Einwegverpackungen zu kaufen oder sich liefern zu lassen auch dazu führt, dass viele Maßnahmen in Bezug auf die Abfallvermeidung der letzten Jahre rückläufig sind.

Noch ist Wegwerfplastik in vielen Gastronomiebetrieben die Regel.

Viele Gastronomiebetriebe sowie Einzelhandelsgeschäfte haben in ihrem internen Hygienekonzept im Rahmen der Corona-Pandemie die Ausgabe von Mehrwegbehältnissen generell ausgeschlossen. Das schließt auch die Anschaffung und Verwendung von geeigneten Pfandbehältnissen aus.

Unser gemeinsames Ziel sind Mehrwegsysteme als neuen Standard zu erreichen und Betriebe hierbei zu unterstützen.

Das Amt für Wirtschaftsförderung und Wissenschaft und die Abfallwirtschaft und Stadtreinigung Heidelberg werden deshalb die Umsetzung der Verordnung begleiten. Es ist geplant, die Gewerbebetriebe mit einem ausführlichen Informationsblatt über die Änderungen zu informieren. Das Amt für Wirtschaftsförderung wird, wenn es Corona bedingt möglich ist, auf die betroffenen Gewerbetreibenden zu gehen. Die Abfallwirtschaft und Stadtreinigung wird dies im Rahmen der Vertriebstätigkeiten ebenfalls umsetzen. Das Informationsblatt ist als Anlage 01 dieser Vorlage beigefügt.

Weitere Informationen in den örtlichen Medien und auf der städtischen Internetseite soll die Gewerbetreibenden und die Konsumentinnen und Konsumenten dazu motivieren, zukünftig auf eine Einwegpackung zu verzichten.

Die Kampagne „andersbechern“ wurde 2017 bis 2019 in großem Umfang bei den Anbietern von Heißgetränken zum Mitnehmen mit Erfolg umgesetzt. Ziel war ein gemeinschaftliches Pfandsystem in der Stadt Heidelberg einzurichten. Diese Kampagne hat jedoch die zeitlichen, personellen und finanziellen Kapazitäten der Abfallberatung in sehr großem Umfang gebunden.

Eine Kampagne in einem Umfang ähnlich wie der Kampagne „#andersbechern“ kann nur mit entsprechenden personellen und finanziellen Kapazitäten bei der Abfallwirtschaft und Stadtreinigung durchgeführt werden. Diese Kapazitäten sind derzeit nicht vorhanden.

Die Abfallberatung besteht aus 2,5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern deren Hauptschwerpunkt die Beratung der privaten Haushalte, Kontaktaufnahme bei Fehlbefüllungen, Besetzung des internen Kundencenters, Betreuung der Großwohnanlagen, die Beratung von Schu-

len und Kindergärten sowie die Öffentlichkeitsarbeit zu den Themen Müllvermeidung- und Mülltrennung mit den aktuellen Schwerpunkten in den sozialen Medien sind.

Unser Schwerpunkt wird daher in der Begleitung der Betriebe liegen.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+/- berührt:	Ziel/e:
UM 1		Ziel/e: Umweltsituation verbessern Begründung: Reduzierung der Abfallmengen
UM 3		Ziel/e: Verbrauch von Rohstoffen verhindern Begründung: Die Herstellung und die Verwendung von Verpackungen aus Kunststoff verbraucht eine große Menge an Energie und Rohstoffen. Das übergeordnete, langfristige Ziel ist es, innovative Verpackungslösungen im Distanz- und stationären Handel kooperativ zu erarbeiten und umzusetzen, um Plastikmüll entlang der Wertschöpfungskette zu vermeiden bzw. zu reduzieren.
UM 8		Ziel/e: Umweltbewusstes Handeln und Eigeninitiative fördern Begründung: Gaststätten sowie der Einzelhandel sollen mit einem Informationsschreiben über die neue Einwegkunststoffverbotsverordnung und die Folgen informiert und aufgefordert werden, abfallarme Alternativen für die Ausgabe von „Food to go“ anzubieten.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine.

gezeichnet
Raoul Schmidt-Lamontain

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	Informationsblatt zur Einwegkunststoffverordnung
02	Sachantrag der Gemeinderatsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.03.2021 Tischvorlage in der Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität am 24.03.2021